



**Betreff:** öffentlich  
**Ergebnisse der Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam 2015**

**bezüglich  
DS Nr.:**

Erstellungsdatum	04.06.2015
Eingang 922:	08.06.2015

Einreicher: Oberbürgermeister

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

01.07.2015 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

**Inhalt der Mitteilung:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Ergebnisse der Integrationskonferenz vom 16. Februar 2015 gemäß Anlage.

Damit verbunden ist die Bitte,

- sich mit den Ergebnissen der Integrationskonferenz auseinanderzusetzen und
- bei Bedarf, z.B. bei der Planung von integrationsrelevanten Vorhaben, aus den Ergebnissen der Konferenz zu schöpfen.



# INTEGRATIONSKONFERENZ DER LANDESHAUPTSTADT POTSDAM

## 16. FEBRUAR 2015



Ein reger Austausch zu integrationspolitischen Fragen unter den Teilnehmenden der Integrationskonferenz 2015

**„INTEGRATION FINDET VOR ORT STATT“**

Tagungsdokumentation:  
Landeshauptstadt Potsdam  
Büro für Chancengleichheit und Vielfalt  
Magdolna Grasnack und Stefanie Ladewig  
gleichstellung@rathaus.potsdam.de  
Fotos: André Hildebrandt

# Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam 2015

## „INTEGRATION FINDET VOR ORT STATT“

I. Konferenzverlauf.....	1
II. Ergebnisse der Konferenz.....	3
III. Abschlussreflektion.....	23
IV. Evaluierung der Konferenz.....	24
V. Mitwirkende in alphabetischer Reihenfolge.....	25
VI. Anlage.....	27

### I. Konferenzverlauf

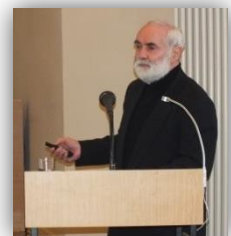
Die Landeshauptstadt Potsdam betrachtet Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe, so der Oberbürgermeister Jann Jakobs in seinem Grußwort zur Eröffnung der Integrationskonferenz am Montag, den 16. Februar 2015. Die Beauftragte für Migration und Integration, Frau Magdolna Grasnack, hatte die rund 130 Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, der Stadtverordnetenversammlung, dem Migrantenbeirat, Vereinen, Verbänden, Beratungsstellen, Bildungsträgern, Schulen, universitären Einrichtungen, Trägern der Asylwohnheime, ehrenamtlich Engagierte in den Plenarsaal des Stadthauses geladen. Bereits zum sechsten Mal in Folge kam ein interessiertes Fachpublikum zum Austausch über integrationspolitische Fragen in der Landeshauptstadt Potsdam zusammen.

Unter dem Motto „Integration findet vor Ort statt“ standen Gespräche zwischen Teilnehmenden der Konferenz im Mittelpunkt. Der Oberbürgermeister sagte: „Der heutige Tag dient diesem Dialog und er soll Impulse für die künftige Integrationsarbeit geben - sowohl für die Landeshauptstadt Potsdam als auch für das Land Brandenburg“.

Magdolna Grasnack führte mit ihrer Moderation über den **ersten Teil** der Konferenz. Zunächst wurde die frisch gedruckte Neuauflage des „Stadtplans für Flüchtlinge und Migranten“ durch Diego Diaz, Vertreter des Projekthauses Potsdam kurz vorgestellt, welcher dem Oberbürgermeister alsbald ein Exemplar des Planes überreichte. Als nächstes ermöglichte Herr Dr. Matthias Förster aus dem Bereich für Statistik und Wahlen, einen aktuellen Blick auf die Statistiken zum Thema Migrantinnen und Migranten in Potsdam.



OBERBÜRGERMEISTER JANN JAKOBS UND  
MAGDOLNA GRASNACK



DR. MATTHIAS FÖRSTER

## Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam 2015

Anschließend stellte Frau Diana González Olivo, Vorsitzende des Migrantenbeirates kurz sich, den neuen Migrantenbeirat und die Ziele des Migrantenbeirates für die laufende Wahlperiode vor und referierte zum Handlungsfeld 7 des Integrationskonzeptes „Zivilgesellschaftliches Engagement und Selbstorganisation der Migrantinnen und Migranten“. Zur „Interkulturellen Ausrichtung der Stadtverwaltung und der kommunalen Politik“ (Handlungsfeld 6 des Integrationskonzeptes) informierte Andy Meier, Leiter der Ausländerbehörde, über die Entwicklung der Ausländerbehörde im Rahmen des BAMF-Projektes „Ausländerbehörden – Willkommensbehörden“.



DIANA GONZÁLEZ  
OLIVO



ANDY MEIER

Im Anschluss präsentierte Frau Sabine Grabow, Leiterin des Netzwerkes „Integration durch Qualifizierung Brandenburg“, neue Aspekte der Arbeitsmarktintegration im Rahmen des Netzwerkes Integration durch Qualifizierung.



SABINE GRABOW

Herr Benjamin Nguyen, Mitarbeiter des Akademischen Auslandsamtes der Universität Potsdam, warb danach um Projektpartner für die Initiative „Study an Work“. Ziel des zu bildenden regionalen Netzwerkes ist die Fachkräftesicherung für die Region durch gesellschaftliche und berufliche Integration internationaler Studierender.



BENJAMIN NGUYEN

Abschließend stellten Ruxandra Empen und Vladimir Bogoeski, Mitarbeiter der DGB-Beratungsstelle "Faire Mobilität - Arbeitnehmerfreizügigkeit sozial, gerecht und aktiv" ihr Beratungsangebot für Arbeitnehmende gegen Arbeitsausbeutung und Menschenhandel vor.



RUXANDRA EMPEN UND  
VLADIMIR BOGOESKI

Den **zweiten Teil** der Konferenz übernahm die methodische Anleitung des Austausches im „Weltcafé“ Alfred Roos, Leiter und Geschäftsführer der RAA Brandenburg / Demokratie und Integration Brandenburg e.V.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz diskutierten in zwei aufeinander folgenden Gesprächsrunden unter Leitung von engagierten Akteurinnen und Akteuren aus der Integrationsarbeit an sieben Thementischen über

- Arbeitsmarktintegration,
- Handlungsbedarfe für die Zielgruppe der Asylsuchenden und Geduldeten,
- Willkommenskultur in der Verwaltung und in den Regeldiensten,
- Integration in der Nachbarschaft, Stadtteilarbeit,
- Tolerante Stadt – Impulse für die Leitbilddiskussion der Landeshauptstadt Potsdam,



ALFRED ROOS

- Integration in der Schule und
- Sprachmittlung.

Der **dritte Teil** der Konferenz war einer Abschlussreflektion sowie der Vorstellung der Ergebnisse der Arbeit an den Weltcafé-Tischen gewidmet. Frau Elona Müller-Preinesberger, Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung nahm an diesem Teil der Konferenz teil. Sie hörte sich die Zusammenfassungen der Tischdiskussionen an und wendete sich zum Abschluss noch einmal selbst an das Konferenzpublikum.

Zum Abschluss der Konferenz bedankte sich Magdolna Grasnack bei allen Anwesenden und versicherte, dass die Ergebnisse der Konferenz in die Gestaltung der künftigen Potsdamer Integrationsarbeit und in die Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam Eingang finden.

## II. Ergebnisse der Konferenz

### Tisch 1

#### Arbeitsmarktintegration

Moderation / Input: Jenny Andresen, Gudrun Siebert – Klinikum Ernst von Bergmann; Julia Lexow-Kapp, Anerkennungsberatung IQ Netzwerk/ MASGF; Uta Meng, Bereich Wirtschaftsförderung der Landeshauptstadt Potsdam; Tilo Schneider, IHK Potsdam;





Ausgangspunkt der Diskussion in der Arbeitsgruppe war das Gesetz zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen, dass es seit April 2012 gibt. Die Moderierenden berichteten von ihren Erfahrungen und Beobachtungen. Im Land Brandenburg sind etwa 50% der Beratenen EU-Bürger (vorrangig aus Polen), sowie Zugewanderte aus Russland und der Ukraine. Das Anerkennungsverfahren durchlaufen überwiegend Hochschulabsolventen und vor allem diejenigen, die sich nicht länger als 4 Jahre in Deutschland aufhalten. Bei Empfängern von ALG II werden die Kosten des Anerkennungsverfahrens von den Jobcentern übernommen, wenn vom Antragsteller glaubhaft dargestellt werden kann, dass die Anerkennung seines Berufsabschlusses die Arbeitsmarktintegration fördert.

Es kann festgestellt werden, dass bei den Multiplikatorinnen und Multiplikatoren die Kenntnis über das Anerkennungsgesetz schon ausgeprägt ist. Dennoch sollte bei der Kommunikation nicht nachgelassen werden.

Die Kosten für das Verfahren und damit verbundenen Aufwendungen (z. B. Übersetzung der Zeugnisse und Papiere) sind zum Teil recht hoch. Was viele davon abhält, insbesondere Personen mit IHK- und Handwerksberufen, tatsächlich einen Antrag auf Anerkennung ihres Berufsabschlusses zu stellen.

Im neuen Projektzeitraum „Integration durch Qualifizierung“ wird neben der Anerkennungsberatung auch die Beratung zu Qualifizierungsmöglichkeiten (Qualifizierungsberatung) angeboten. Eine Herausforderung wird es sein, den individuellen Qualifizierungsbedarf bei jedem einzelnen zu decken und dabei gleichzeitig auch die betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen der durchführenden Träger zu berücksichtigen. Eine besondere Brisanz wird dieses Thema im Flächenland Brandenburg erhalten.

Bei der Integration in den Arbeitsmarkt, egal ob für eine Berufsausbildung oder eine Beschäftigung, sind Sprachkenntnisse eine zwingende Voraussetzung. Nach Auffassung der Gesprächsteilnehmenden gibt es zu selten eine individuelle Betreuung bei der Vermittlung der deutschen Sprache, weil Menschen mit unterschiedlichen Sprachniveaus in Gruppen zusammengefasst werden. Zudem gibt es zu wenige B2-Sprachkurse, die für viele Berufsgruppen Einstiegsvoraussetzungen sind. Der Bedarf wird deutlich höher eingeschätzt.

Das Klinikum Ernst von Bergmann und seine Servicegesellschaft berichteten von ihren guten Erfahrungen bei der Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund. Bei der Einstellung von Ärzten, Kranken- und Pflegepersonal sind anerkannte Berufsabschlüsse und Kenntnisse der deutschen Sprache (mind. B2) sowie ein Aufenthaltstitel, der die Erwerbstätigkeit gestattet, eine zwingende Voraussetzung.

Bei der Einstellung von Beschäftigten in den Servicegesellschaften sind für einfache Tätigkeiten Berufsabschlüsse nur selten notwendig. Hier ist vor allem wichtig, das Schilder, Hinweistafeln u. ä. gelesen und verstanden werden können.

Von den Teilnehmenden wurden Arbeitsmöglichkeiten für geringqualifizierte Migranten in Potsdam nachgefragt, die keine Berufsabschlüsse haben und nur geringe Kenntnisse der deutschen Sprache besitzen. Zzt. gibt es für diese Zielgruppe so gut wie keine Beschäftigungsmöglichkeiten.

Angeregt wird, dass arbeitsrechtliche Beratung für die Zielgruppe auch in Potsdam in mehreren Sprachen angeboten werden sollte.

Auch die berufliche Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber wurde angesprochen.

Ungeklärt ist, wer für diese Zielgruppe die Kosten für das Anerkennungsverfahren übernehmen kann.

Die Stadt wird in den nächsten Monaten ein Konzept für die Arbeitsmarktintegration dieser Zielgruppe erarbeiten. Sie soll stärker in den Fokus der Beratung und Vermittlung genommen werden, um gezielte Projekte für sie anbieten zu können. Die Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung hatte hierfür bereits Anfang Februar 2015 zu einem Fachgespräch eingeladen, an dem neben der Stadtverwaltung auch externe Experten und Vertreter der Wirtschaft teilgenommen haben.

## **Tisch 2.1**

### **Handlungsbedarfe für die Zielgruppe der Asylsuchenden und Geduldeten**

Moderation: Jörg Bindheim, Koordinator für Flüchtlingsfragen der Landeshauptstadt Potsdam; Philipp Vogel, Sozialarbeiter in der Potsdamer Asylunterkunft Dortustraße in Trägerschaft des Internationalen Bundes, Förder- und Integrationszentrum Potsdam



TEILNEHMER AM TISCH 2.1.



Welche Ziele wurden an Ihrem Tisch zu Ihrem Handlungsfeld erarbeitet?	Was braucht es, damit das Ziel erreicht wird - kurz-/mittel-/ langfristig; welche Handlungsempfehlungen hat Ihr Tisch erarbeitet?	Was, wer und wen muss man ins Boot holen, damit es um die Umsetzung der Ziele bzw. der Handlungsempfehlungen klappt?
Sprachförderung Koordinieren	Absprachen der Anbieter von Sprachkursen, die aus Bundes-Landes – oder Kommunalen Mitteln finanziert werden	alle die Sprachförderung „professionell“ anbieten
Traumatisierte Flüchtlinge bedarfsgerecht betreuen	<p>eine Klinik im Land Brandenburg</p> <p>Für Sprachmittler bei der Therapie sorgen</p> <p>aufsuchende Beratung in den Unterkünften zur Ansprache und Information der Flüchtlinge</p> <p>Ausbildung von Therapeuten, die Traumata behandeln können</p> <p>Netzwerk für besonders Schutzbedürftige in Brandenburg etablieren und ausfinanzieren</p>	<p>MASGF zur Etablierung einer stationären Einrichtung in Brandenburg</p> <p>Kommune als Kostenträger des Krankenhilfekosten und Finanzierung einer Beratungsstruktur</p> <p>Bund und Land und Kommune als Kostenträger</p>
Wohnen: Keine weiteren Gemeinschaftsunterkünfte	<p>Ansprache privater Vermieter und Wohnungsbaugesellschaften</p> <p>Kostenvergleich zwischen Unterbringung in Gus und privaten Wohnungen</p> <p>Klären des Umgangs mit anderen Betroffenenengruppen wie beispielweise WBS - berechtigte</p>	<p>Städtische und private Wohnungsbaugesellschaften</p> <p>Bereich Wohnen der Stadtverwaltung, Controlling</p> <p>Diskussion in kommunalen Gremien (Sozialausschuss) und in der Zivilgesellschaft</p>
Grundbildung: Fit für den Arbeitsmarkt	<p>Die neuen Möglichkeiten zur Beschäftigung, Arbeitsaufnahme und Qualifikation sollen genutzt werden.</p> <p>GZA – Plätze schaffen</p>	<p>Bundesagentur für Arbeit Jobcenter, Kammern (IHK, HWK). Wirtschaftsförderung und Unternehmerverbände</p> <p>Kommune und Soziale Verbände</p>

	<p>Berufliche Qualifikation als Bestandteil der „Betreuung in GUs etablieren</p> <p>Die „Wartezeit“ bei der Bearbeitung der Asylanträge zur beruflichen Orientierung nutzen</p> <p>Anerkennungsberatung nutzen</p> <p>Firmen finden, die Flüchtlinge beschäftigen und Qualifizieren</p> <p>Betriebliche Ausbildung: Bleiberecht nach Ausbildungsabschluss</p>	<p>Kommune und Soziale Verbände</p> <p>Diejenigen welche den Lebensunterhalt sicherstellen müssen entsprechend orientierend arbeiten</p> <p>dito</p> <p>Unternehmensverbände, Kammern</p> <p>Bund, Potsdamer Bundestagsabgeordnete</p>
Mädchentreff	<p>Geflüchtete Mädchen sollen die vorhandenen Angebote stärker nutzen</p> <p>Raum für Mädchen in vorhandenen Angeboten zur Verfügung stellen und langfristig sichern</p>	<p>Flüchtlingsfamilien, Beratungsstellen, Jugendclubs, Schulen,</p> <p>Kommune, Kirchen</p>
Koordination Ehrenamtsarbeit	<p>Koordinierungsstelle für Ehrenamtsarbeit schaffen</p> <p>Technische Möglichkeiten wie webbasierte „brauche / biete“ Plattformen schaffen</p>	<p>bestehende Ehrenamtsbörsen, bestehende Netzwerke Öffentlichkeitsarbeit</p>
Beratung von Flüchtlingen + Synergien	<p>bessere Qualifikation von beratenden</p> <p>ausreichende Finanzierung von Beratungsstellen</p>	<p>Kostenträger also Land und Kommune</p> <p>Ggf. Krankenkassen</p>
Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nicht in GUs unterbringen	<p>Umsetzung Koalitionsvertrag aus 2013</p> <p>Finanzierung des Jugendhilfebedarfes aus Landesmitteln sicherstellen.</p>	<p>MBSJ</p> <p>Kommune um entsprechendes Verfahren abzusichern</p>

## Tisch 2.2

### Schwerpunkt DUBLIN III-Verordnung

Moderation: Andrea Vergara Marín, Beratungsfachdienst für MigrantInnen des Diakonischen Werkes Potsdam; Maré Partel, Neue Nachbarschaften Potsdam-West, Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V.



TEILNEHMER AM TISCH 2.2

Inhalt:

1. Zusammenfassung der Impulsreferate
2. Gesammelte Diskussionsbeiträge
3. Vorschläge zum weiteren Umgang mit Dublin III und mögliche Ansprechpartner

#### **1. Zusammenfassung der Impulsreferate:**

Frau Vergara Marín informierte in einem Kurzreferat über die Dublin III-Verordnung und deren rechtlichen Rahmen. Es wurde der rechtliche Hintergrund, das Verfahren in Kürze und die Bedeutung für Potsdam in den letzten 2 Jahren erläutert. Wie sich herausstellte, wussten nicht viele am Tisch, was die Dublin-III-VO regelt und dass es so einen rechtlichen Rahmen in der europäischen Politik gibt.

In Potsdam wurde 2013/2014 von 138 von der Dublin-VO betroffenen Fällen nur in 8 Fällen rücküberstellt. Es wird sehr deutlich, dass die Dublin-VO einen enormen Verwaltungsaufwand darstellt, ohne irgendeinen erkennbaren Nutzen für den Staat, dafür aber jede Menge seelische Narben und kaputte Menschen hinterlässt.

Frau Partel schilderte aus ihren Erfahrungen mit den Menschen im Wohnverbund in der Haeckelstraße in Potsdam-West. Konkret ging es um eine Familie mit zwei kleinen Kindern die nach Italien rücküberführt werden sollte, dort aber von Armut, Obdachlosigkeit und keinerlei Perspektive bedroht war. Die Familie war bekannt in der Nachbarschaft und aufgrund des Dublin-Bescheides unter großer Anspannung. Der Vater schlief über mehrere Wochen im Wald, um bei der unangemeldeten Rücküberführung als Familie nicht vollzählig zu sein und somit nicht nach Italien überstellbar.

Aufgrund der Bekanntheit der Familie im Kiez waren viele Potsdamerinnen und Potsdamern am Grund der behördlichen Anordnung zur Entfernung der Familie aus Potsdam interessiert und wollten Informationen über die politischen Handlungen im Asylrecht, besonders zu Dublin III. Das Stadtteilnetzwerk Potsdam-West organisierte im Jahr 2014 zwei Informationsveranstaltungen zum Thema Flucht, Dublin III und Asylpolitik, die eine große Zahl an Besuchern in die Veranstaltungsräume zogen.

Manche Teilnehmenden am Thementisch zeigten sich deutlich entrüstet über diesen Aspekt der Asylpolitik und für sie neuen Informationen.

## **2. Gesammelte Diskussionsbeiträge:**

- Dublin III-Verordnung und Integration sind ein Widerspruch
- Dublin-Verfahren ist menschenunwürdig und integrationsfeindlich
- Deutschland braucht Zuwanderung. Ein Verschiebebahnhof dieser Art ist sinnlos.
- Kann Deutschland aus der Dublin-Verordnung aussteigen? Es handelt sich um ein zwischenstaatliches Abkommen zwischen den europäischen Ländern
- Kann Potsdam als Initiator für Deutschland sich klar zur Dublin III-Verordnung positionieren und erneut die Vorreiterrolle einnehmen (z.B. Abschaffung Gutscheinsystem für Flüchtlinge, Unterbringung in Wohnverbunden etc.)

Die Teilnehmenden des Thementisches äußerten folgende Handlungsbedarfe zu Dublin III in Potsdam

- Die Potsdamerinnen und Potsdamer sollten über Dublin III und Asylpolitik besser informiert werden: Es bräuchte eine Kommunikation zu diesem Thema auf allen Ebenen: Politik, Nachbarschaft, Schulen etc. In niedrigschwelligen Angeboten sollen Informationen für ALLE Potsdamerinnen und Potsdamer zugänglich sein: Zeitungen und Magazine (Friedrich, Events, Potskids), Vorträge und Informationsveranstaltungen, Erlebnisberichte von Betroffenen, vor allem soll das Thema auch an Menschen herangetragen werden, die sich nicht gezielt zu dem Thema informieren und daher dazu neigen könnten, Meinungen zu bilden, die nicht der Realität entsprechen
- Flucht und Migration in die Lehrpläne aller Ausbildungen und Schulen miteinbinden
- Keine separierte Unterbringung von Betroffenen in Unterkünften ohne Nachbarschaft. Die Bevölkerung soll die Asylpolitik Deutschlands wahrnehmen und die Politiker müssen dazu stehen
- Es müssen alle möglichen Initiativen ergriffen werden, um die Dublin-Verordnung abzuschaffen und sich dazu klar zu positionieren
- Der Handlungsspielraum der Landeshauptstadt Potsdam soll vollkommen ausgenutzt und neue Möglichkeiten und Strategien entwickelt werden

## **3. Vorschläge zum weiteren Umgang mit Dublin III und mögliche Ansprechpartner**

- Klare Positionierung der LHP gegen Dublin III im Integrationskonzept

- Schreiben des OB an das Europaparlament bzw. Entscheidungsträger auf EU-Ebene mit namhaften Unterzeichnenden (u.a. Bündnis Potsdam bekennt Farbe) mit der Forderung, das bestehende Dublin-Verfahren abzuschaffen
- Suche nach Verbündeten für diese Forderung in anderen Kommunen im Land Brandenburg und dem gesamten Bundesgebiet, um der Forderung mehr Gewicht und Nachdruck zu verleihen → LHP sollte Vorreiterrolle hinsichtlich der Abschaffung des Dublin-verfahrens einnehmen, Diskurs um die Abschaffung von Dublin III auch auf europäischer Ebene anführen
- Vernetzung von Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Initiativen
- Anordnung der LHP/ Handlungsweise: Wenn Anhaltspunkte vorhanden sind, die gegen eine Rückschiebung nach der Dublin-VO in einen anderen EU-staat sprechen (z.B. gesundheitliche Gründe, Suizidgefahr etc.) darf erst nach endgültiger Beseitigung dieser Zweifel zurückgeschoben werden (wenn die Hinweise durch die ABH an das BAMF gegeben wurden, muss erst die Antwort von dort abgewartet werden)
- Öffentlicher Diskurs um Dublin III anregen und unterstützen
- Informationen zu Dublin III in der Bevölkerung weit fächern. (Hintergrund: Großteil der Bevölkerung weiß nicht über diese Verordnung auf europäischer Ebene Bescheid.)
- Die LHP verpflichtet sich zu einer besonderen Sorgfalt im Umgang mit Besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen, insbesondere traumatisierten Flüchtlingen, Kindern und Kranken (z.B. Rückschiebungen von schwangeren Frauen in Mutterschutzzeiten werden nicht durchgeführt)
- Beratungen zu Möglichkeiten der freiwilligen Rückkehr werden vor unfreiwilligen Rückschiebungen durch die Ausländerbehörde realisiert.
- Die Stadt Potsdam tritt dafür ein, dass Trennungen von Familienangehörigen durch Rückschiebungen ausgeschlossen werden.
- Die Rechte der Flüchtlinge auf Informationen, die ihre persönlichen Belange betreffen, werden gewahrt.
- Sind die Flüchtlinge der deutschen Sprache noch nicht mächtig, werden zu allen wichtigen behördlichen Handlungen Sprachmittler\*innen hinzugezogen (Informationsgespräche, Schriftverkehr, Abholung zur Rück- oder Abschiebung).
- In besonderen Einzelfällen kann die Ausländerbehörde versuchen, darauf hinzuwirken, dass Deutschland von seinem Selbsteintrittsrecht Gebrauch macht
- Es wird eine Kooperation zwischen Ausländerbehörde, Beratungsstellen und Rechtsanwälten angestrebt, um besondere Härten zu vermeiden.
- Bürgerliches und kirchliches Engagement für Flüchtlinge wird ausdrücklich von der Stadt begrüßt.
- Die LHP führt Rückschiebungen nur bei zweifelsfreier Reisefähigkeit (nicht nur Transportfähigkeit) durch.



**Tisch 3**

**Willkommenskultur in der Verwaltung und in den Regeldiensten**

Moderation: Andy Meier, Ausländerbehörde der Landeshauptstadt Potsdam; Jörg Stopa, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie - RAA Potsdam



TEILNEHMEDE AM TISCH 3

**Ziele:**

- 1) Mehrsprachigkeit / Einfache Sprache in allen Bereichen der Verwaltung
- 2) Vernetzung
- 3) Imageverbesserung der Verwaltung

**Was brauche ich dafür?**

- 1)
  - a. Mehrsprachige Formulare
  - b. Mehrsprachiger Internetauftritt, zusätzlich mindestens Englisch
  - c. Mehrsprachige Anschreiben bzw. Anlagen zu Anschreiben
  - d. Schreiben in einfacher Sprache
  - e. Klare, eindeutige Aussagen im Internet
  - f. Fremdsprachenkenntnisse der Mitarbeitenden stärken, insb. Englisch
- 2)
  - a. Arbeitsgruppen für Expertinnen und Experten
  - b. Nutzung des Beratungsraumes in der ABH
  - c. Verbessertes Leitsystem
  - d. Newsletter der ABH

3)

- a. Erhöhung der Kompetenzen (z. B. Sozial, Interkulturell, Sprachlich)
- b. Haltungen (positiv, offen)
- c. Proaktive Öffentlichkeitsarbeit
- d. Vollumfängliche Unterstützung durch die Verwaltungsspitze

**Wer soll es umsetzen?**

- 1) Projektgruppe (Bereich 926 (Öffentlichkeitsarbeit/Marketing) mit Vertretern aller Bereiche)
- 2) Fachgesprächskreis für Migration und Integration, Arbeitsgruppen- bzw. Bereichsleitung durch Teilnahme an relevanten Beratungen/Erfahrungsaustauschen etc., Führungsebene der freien Träger (z. B. Flüchtlings- und Migrationsberatung)
- 3) Verwaltungsspitze, durch finanzielle Ausstattung und Fortbildungsangebote

**Tisch 4**

**Integration in der Nachbarschaft, Stadtteilarbeit, Netzwerkarbeit „Neue Nachbarschaften“**

Moderation: Daniel Zeller, Stadtteilnetzwerk Potsdam-West; Kathrin Feldmann, Stadtkontor Potsdam; Karin Juhász, Bereich Stadterneuerung der Landeshauptstadt Potsdam



TEILNEHMENDE AM TISCH 4

**Ziele:**

- Nachbarschaftliche Integration ist das Ziel der Bestrebungen und Aktivitäten im Rahmen von Stadtteilarbeit, dabei sind vor allem die Stadtteile zu unterstützen, die Netzwerkstrukturen aufbauen wollen. Stadtteile, die bereits über Netzwerkstrukturen verfügen, sind weiterhin zu unterstützen, um auch den neuen Herausforderungen in den Quartieren gerecht werden zu können.

- Für jeden Stadtteil ist eine eigene Strategie zu entwickeln
- Eine Koordinierung der unterschiedlichen Netzwerke der Stadtteilarbeit in der Stadt wird für das Gelingen eine entscheidende Rolle spielen. Dazu ist die Arbeit der bisherigen Koordinierungsstelle auszuwerten und für Verstetigung ist zu sorgen.
- Eine Internetplattform/ Informationspool sollte die Institutionen und Träger in ihrer Arbeit vernetzen und trotzdem so strukturiert sein, dass sie auch für alle anderen PotsdamerInnen nutzbar ist. Die Plattform soll zum einen Informationen über die verschiedenen Angebote und Möglichkeiten bereithalten, zum anderen sollte sie auch konkrete Vermittlung von Hilfsangeboten ermöglichen.
- Dazu sind personelle und materielle Ressourcen bereitzustellen, um vor allem die Aktualität und die erforderliche Kontinuität in der Stadtteilarbeit gewährleisten zu können.

### **Was wird gebraucht, um die Ziele zu erreichen?**

Für das Gelingen nachbarschaftlicher Integration sind folgende Schwerpunkte zu berücksichtigen:

- schnellere und frühzeitige Informationen absichern
- Verbesserung der Kommunikation (der Träger und Vereine) untereinander
- Verbesserung und Anpassung der Öffentlichkeitsarbeit
- Potenziale und Fähigkeiten der neuen Nachbarn nutzen
- konsequente Nutzung der bestehenden Netzwerke für die „Neuen Nachbarschaften“
- Nutzung und Pflege ehrenamtlichen Engagements
- gemeinsames „Arbeiten auf Augenhöhe“ von ehrenamtlich und professionell Tätigen
- Angebote sind offen zu gestalten und die persönliche Ansprache ist notwendig
- Unterstützungsangebote und Aktivitäten sind ggf. mobil zu gestalten, um Erreichbarkeit zu gewährleisten
- mögliche Ängste der Ortsansässigen gegenüber den neuen Nachbarn ernstnehmen und gemeinsam sachlich abbauen

### **Wer muss bei der Umsetzung der Ziele unterstützen?**

#### **Stadt Potsdam**

**Die Träger der und die Nachbarschafts- und Begegnungshäuser** in den Stadtteilen werden künftig eine besondere Rolle in diesem Prozess spielen müssen.

**Ehrenamtliche, Vereine, Kinder-, Jugend- und Senioreneinrichtungen sowie Kirchengemeinden** sind ebenso unverzichtbare Partner in der Stadtteilarbeit hinsichtlich der neuen Nachbarschaften.

### **Neue Nachbarschaften - weitere Schlagworte:**

- Engagement im Alltag
- Geduld – alles braucht seine Zeit
- Neugier
- freie Räume
- Wohnen
- Beziehungsarbeit
- Mut - Verantwortung zu übernehmen, aber auch Verantwortung abzugeben



**Tisch 5**

**Tolerante Stadt – Impulse für die Leitbilddiskussion der Landeshauptstadt Potsdam**

Moderation: Nils Jonas, Büro für Bürgerbeteiligung der Landeshauptstadt Potsdam



TEILNEHMENDE AM TISCH 5

Nachfolgend sind die auf den mit Packpapier bespannten Tischen festgehaltenen Ergebnisse zweiter Diskussionsrunden im World-Café-Stil festgehalten. An der ersten Diskussionsrunde (10:45-11:45) nahmen etwa 11 Personen teil, an der zweiten Runde (12:45-13:45) waren es 6 Personen.

Eingeleitet wurde die Diskussion jeweils mit einem kurzen Hinweis auf die bevorstehende Erarbeitung eines Leitbildes für Potsdam sowie mit der Frage, was sich die Teilnehmenden für ihr Potsdam in zehn Jahren wünschen. Was sei derzeit gut und gelte es zu bewahren, was sei verbesserungswürdig und was gelte es zu erreichen?

Das Thema Integration bildete den Einstieg in die Diskussion und war bei den späteren Themen ein stets präsender Bezugspunkt. Einer der Teilnehmenden (der als einziger an beiden Tischrunden teilnahm) teilte zudem einen selbst verfassten Text von einer A4-Seite Länge als Diskussionsbeitrag aus (siehe Anlage). Die Reihenfolge der nachfolgend genannten Themen ist für diese Dokumentation gewählt und spiegelt nicht die Reihenfolge der Diskussion oder die Wichtigkeit der Themen wieder. In den Anstrichen nach der textlichen Zusammenfassung sind alle dem Thema zugeordneten Hinweise auf den Tischen aufgeführt. Hinweise der Teilnehmenden zum Beteiligungsprozess am Leitbild selbst wurden nicht auf dem Tisch, sondern von einer anwesenden Mitarbeiterin der Landeshauptstadt Potsdam separat notiert.

## Thema Integration

Zunächst wurde Hoffnung geäußert, dass Integration in zehn Jahren „kein Thema“ mehr sein wird, einfach weil man sich als Gesellschaft über diesen Begriff hinaus entwickelt hat. Dementsprechend sei auch kein Integrationspreis mehr notwendig. In der zweiten Runde wurden diese Hoffnungen allerdings als vermutlich zu optimistisch eingeschätzt, Integration werde uns auch in zehn Jahren noch beschäftigen. Konkreter wurde Integration als Kombination aus einem gesicherten Aufenthaltsstatus und einem eigenen Einkommen definiert. Integration und Toleranz seien keine Einbahnstraßen, sondern müssten in beide Richtungen „befahren“ werden. Dementsprechend finde Toleranz auch ihre Grenze bei den Intoleranten. Gleichwohl wurde zu Bedenken gegeben, man müsse auch den intoleranten Gegenpol integrieren beziehungsweise nicht vergessen. Das gemeinsame Bestehen von unterschiedlichen Meinungen stärke das Bewusstsein. Vor diesem Hintergrund sei das Potsdamer Neue Toleranz-Edikt zu bewahren und weiter zu entwickeln.

- „Integration“ hat sicher erledigt
- Kein „Integrationspreis“ mehr
- „Integration“ ist auch in 10 Jahren ein Thema
- Integration = gesicherter Aufenthalt + eigener Lebensunterhalt
- Integration ist keine Einbahnstraße
- Toleranz ist keine Einbahnstraße
- Toleranz hat Grenzen!
- Toleranz intoleranten gegenüber
- Den „Gegenpol“ integrieren
- Alle dabei haben
- Unterschiedliche Meinungen stärken das Bewusstsein
- Toleranz-Edikt bewahren und weiter entwickeln

## Thema: Identität und Vielfalt

Mit Blick auf das Leitbild wurde Potsdam als weltoffene, friedliebende Stadt mit einer Willkommenskultur beschrieben. Potsdam solle eine Stadt sein, die gut sei zu allen ihren Gästen, ganz gleich, ob diese als Touristen oder als Flüchtlinge kämen. Der Mensch stünde im Vordergrund und das Fremde, sprich die Vielfalt die die Menschen mitbrächten sei als eine inspirierende Normalität und Bereicherung des Miteinanders zu verstehen. Diese Vielfalt mache auch die Geschichte Potsdams aus und sei wichtig für eine attraktive Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft. Grundlage für eine solche Vielfalt sei gegenseitiges Verständnis, Akzeptanz und Interesse. So gesehen biete Integration immer eine Chance der Entwicklung und das mache Potsdam attraktiv für freiwillige Zuwanderung. Letztlich solle angestrebt werden, dass sich die Menschen in Potsdam zunächst aller Potsdamer verstünden und erst in zweiter Linie als Deutsche, Migranten und so weiter.

- Potsdam ist eine weltoffene Stadt
- Ein internationales, friedliebendes Potsdam
- Willkommenskultur
- Potsdam ist gut zu allen seinen Gästen
- Wir sind Mensch
- Die Vielfalt im WIR spüren
- Ein „inspiriertes“ Potsdam
- Das Fremde als normal



- Vielfältigkeit in Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Historie
- Gegenseitiges Verständnis & Akzeptanz, Interesse
- Integration als Chance
- Potsdam attraktiv für freiwillige Zuwanderer
- Ein Potsdam der Potsdamer und nicht der Deutschen, Migranten etc.

Die Stadt müsse hierfür den notwendigen Rahmen schaffen, indem alle dabei sein könnten. Ganz konkret solle daher darauf geachtet werden, dass mehr Veranstaltungen mehrsprachig angeboten würden und insgesamt der Zugang zu Sprachvermittlung unbürokratisch und leicht sei. Insgesamt solle Potsdam mehr Möglichkeiten zum Austausch zwischen verschiedenen Gruppen bieten, sei es Jung und Alt oder Neupotsdamer und Altpotsdamer. Zudem müsse stärker auf Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit geachtet werden.

- Möglichkeit bieten, damit alle dabei sein können
- Ein Potsdam ohne Ausgrenzung
- öffentliche Veranstaltungen sind mehrsprachig
- Sprachvermittlung
- Leichter Zugang zu Sprachvermittlung
- Mehr Dialog zwischen Jung und Alt, zwischen Alt- und Neupotsdamern
- Ein chancengerechtes Potsdam
- Ein geschlechtergerechtes Potsdam

### **Thema: Kultur und Bildung**

Insbesondere Kultur und Bildung seien wichtige Bereiche um allen Gruppen eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Potsdam brauche ein reichhaltiges Bildungs- und Kulturangebot. Potsdam müsse hier aber gerade den ärmeren Schichten einen gleichberechtigten Zugang ermöglichen und solle zudem energisch gegen Kinder- und Altersarmut vorgehen. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, dass Potsdam Räume (physisch und gedanklich) bereitstelle, in denen Kultur selber gemacht werden könne. Ganz konkret solle die Schiffbauergasse wieder attraktiver werden, es gelte die Fête de la Musique zu sichern und das Freiland stärker zu unterstützen. Dies mache Potsdam zur lebendigen und lebenswerten Stadt, in der man gerne feiere.

- Teilhabe aller Potsdamer ermöglichen
- Kultur für Alle ermöglichen
- Potsdam ist eine solidarische Stadt
- Potsdam kämpft gegen Alters- und Kinderarmut
- Potsdam hat ein reichhaltiges Bildungsangebot
- Potsdam schafft Räume um Kultur selber schaffen zu können
- Kulturangebot ausbauen: Schiffbauergasse, Fête de la Musique, Freiland
- Potsdam als lebendige & lebenswerte Stadt
- In Potsdam kann man feiern

### **Thema: Bürgerschaftliches Engagement**

Ganz konkret dürfe Potsdam kein „lebendiges Museum“ werden. Potsdam solle sich nicht so stark auf die Vergangenheit konzentrieren, sondern auch die Zukunft sowie das Hier und Jetzt stärker in den Blick nehmen. Hierfür müssten auch die vermögenden der Stadt stärker in die Verantwortung genommen werden. Diese nutzten ihre finanziellen Möglichkeiten zu häufig, um sich an den

allgemeinen Aufgaben der Stadt nicht zu beteiligen beziehungsweise ihre Sonderinteressen durchzusetzen. Potsdam sei aber dringend auf das ehrenamtliche, bürgerschaftliche oder finanzielle Engagement aller seiner Einwohner angewiesen. Eine engagierte Einwohnerschaft sei als „aktive Toleranz“ zu verstehen. Dies solle es noch stärker unterstützen, indem beispielsweise eine Art „Bürgeraktie“ aufgelegt werde oder ähnlich der Stiftung Altenhilfe eine Bürgerstiftung gegründet werde. Wichtig sei, dass diese Möglichkeiten zur demokratischen Mitsprache und Kontrolle gebe. Man wolle nicht bloß sein Geld irgendwo lassen, sondern über die Verwendung der Mittel mitbestimmen. Ergänzend hierzu sollte die Stadt auch Projekte die aus der Einwohnerschaft heraus entstehen, seien es Wohnprojekte oder andere Vorhaben, stärker unterstützen und fördern. Man erkenne, dass es angesichts begrenzter Mittel schwierig sei, den Aufgabenbereich auszuweiten. Dies sei nur politisch zu lösen und Potsdam solle sich bei Land und Bund zusammen mit anderen dafür engagieren, dass Kommunen insgesamt in Deutschland finanziell besser gestellt sind.

- Kein „lebendiges Museum“ Potsdam
- Potsdam als Stadt die in die Vergangenheit und Zukunft blickt + in der Gegenwart steht
- Vermögende einbinden mit allen Rechten + Pflichten
- Nicht Geld darf die Stadt regieren
- Die Einwohner engagieren sich
- Potsdam als Stadt des Ehrenamts & des bürgerschaftlichen und/oder finanziellen Engagements
- „aktive Toleranz“ als engagierte Einwohnerschaft
- Bürgeraktie
- Demokratisch kontrollierte Bürgerstiftung
- Soziale Wohnprojekte fördern/Projektförderung
- Potsdam setzt sich für mehr Geld bei den Kommunen ein

### **Thema: Sport**

Neben Kultur und Bildung wurde auch der Sport als wichtige integrative Kraft genannt. So wünsche man sich, dass Sport auch in zehn Jahren Bestandteil des Potsdamer Alltags sei. Hierfür seien aber Bedingungen nötig, die allen eine kostenfreie Teilnahme an Sportangeboten ermögliche. Ganz konkret sei hierfür der kostenfreie Zugang zu Sportanlagen nötig. Zudem müsse Sport wieder zur Pflichtaufgabe in Potsdam werden.

- Sport als Teil des Potsdamer Alltags
- Teilnahme an Sport für alle möglich
- Kostenfreier Zugang zu Sportanlagen
- Sport als Pflichtaufgabe in Potsdam

**Tisch 6.1**

**Integration in der Schule**

Moderation: Birgit Ukrow, Jugendhilfeplanerin der Landeshauptstadt Potsdam; Waltraud Eckert-König, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie - RAA Potsdam



Teilnehmende am Tisch 6

Am Schultisch 1 trafen sich in beiden Durchgängen drei Schulleiterinnen, 1 Jugendamtsvertreterin und eine Vertreterin aus der Stadtpolitik. In der ersten Runde kamen eine weitere Jugendamtsvertreterin dazu und eine Kollegin aus dem Schulverwaltungsamt. In der zweiten Runde kam statt der beiden Letztgenannten eine Beraterin der Asylsuchenden des Diakonischen Werkes dazu. Die Schulleiterinnen vertraten zwei Grundschulen und eine Förderschule. Daher war die dortige Problemlage zentrales Themenfeld.

Folgende Fakten haben wir aus der Diskussion mitgenommen und visualisiert:

<b>Ziel WOHIN</b>	<b>Maßnahme WAS</b>	<b>Partner MIT WEM</b>
Willkommensatmosphäre schaffen	Schulen mit vielen Flüchtlingen benötigen: a) materielle finanzielle	Schulämter von Stadt und Land

	Unterstützung ZUSÄTZLICH zum Regelfond	
Individuelle Förderung bieten	b) Stundenvolumen für Beratung der Eltern	FAZIT (Bitte Schulen auch zurück rufen!)
Heimatgefühl vermitteln	c) Geld für Umgestaltung der Räume	Nachbarschule/n: z.B.
Traumatisierung erkennen und bearbeiten	d) psychologische Beratungsangebote	Schule 42/44 mit Ressourcen zur Kommunikation, sozialen Integration
Politisch Verantwortliche sollten sich an den Brennpunkten VOR ORT erkundigen!	e) Unterstützung bei der Antragstellung, z.B. BuT-Mittel f) mehr Personal (auch unterjährig)	Ehrenamtler, z.B. Akademie 2. Lebenshälfte, DW-Ehrenamtspool
Schulleitung muss (bei all den Helfern) noch den Überblick behalten	g) leichten Zugang zu Dolmetschern (das ist mehr als die Kostenübernahme)	Flüchtlingsberater (für Menschen , die in Wohnungen leben)
Fachkräfteausbildung in allen pädagogischen Bereichen muss moderner werden (u.a. interkulturelles Wissen)	h) konzeptionelles Vorgehen, damit nicht jeder irgendwas tut! i) Ordner „Schultipp“ für Eltern	Schulamt zahlt Dolmetscher bei Verwaltungsakt (Bsp. Einschulungsverfahren)
	Willkommensklassen auch für Grundschulen! (Peergroups sind für Kinder ohne Schulerfahrung sehr wichtig!)	Weitere Unterstützer: Fachberatungsdienst für Migrantinnen, Migranten und die Communitys
	Statt vieler Einzelhelfer eher wenige, z.B. Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter	
	Schul- und Berufsbildungspflicht verankern	
	Mehr Grundbildungskurse in VHS: für PC, Mathe, Kommunikation sowie Vorkurs 2. Bildungsweg	
	Unterbringung für unbegleitete Minderjährige in Potsdam	

**Aus der Diskussion:**

- Besondere Idee: Frau Kapp von der Wilhelm v. Türk Schule hat ein interessantes Angebot gemacht, das man verfolgen sollte:
  - Sie sagt, sie hat viele hervorragende Förderlehrer, räumlich gute Ressourcen
  - sie sind es gewohnt, mit Kindern zu arbeiten, bei denen sprachliche Verständigung im klass. Sinn schwierig/unmöglich ist (Gehörlose) - all das sei auch hilfreich im Umgang mit Flüchtlingskindern
  - und sie überlege, ob man ihre Schule in die Planung da nicht mehr und besser einbeziehen könne, vor allem um die Schule 40 zu entlasten
- Man merkt: Schulleitungen sind bestrebt, die Fäden eng in der Hand zu halten (Kontakt möglichst nur zu Jugendamt und Schulaufsicht, die sollen sich dann kümmern, welche Hilfe es gibt)
- Externe haben großes Interesse an Vernetzung und Öffnung der Schule -> hier ist ein grobes Arbeitsfeld, auch für die RAA aber auch für die Stadt, hier gilt es die unterschiedlichen Bedürfnisse zusammenzubringen; Verständnis zu schaffen bei den Externen, dass sie Schule nicht "überrennen" können aber auch bei den Schulleitungen, dass die Zeiten, wo die Obrigkeit alle Hilfen und Sorgen bearbeitet, vorbei sind - falls das überhaupt je so war -> das heißt wir brauchen ein ganz behutsames Aufeinanderzugehen -> auch deshalb ist die baldige Einrichtung eines Bildungs-Arbeitskreises wichtig!
- Alle Schulleiterinnen sind im hohen Maß überfordert, was ihre zeitlichen Ressourcen angeht. Sie sollen überall ständig präsent sein (so fühlen sie da zumindest), die "normale" Arbeit bleibt aber und die ist auch nicht weniger geworden -> also braucht es immer wieder Verständnis und wo immer möglich, auch zusätzliche Ressourcen.
- Hier sind auch die Stadt als Schulträger gefordert -> wie sieht es aus z.B. mit zusätzlicher Unterstützung im Verwaltungsbereich? Müssen tatsächlich alle Verwaltungsaufgaben rund um das Flüchtlingsthema von der Schulleitung gemacht werden oder ließen sich da andere Modelle denken (Idee: Warum nicht besonders qualifizierte Schulsekretärinnen und -sekretäre, die dann für ein Grundschulnetzwerk eines Sozialraums bestimmte Arbeiten übernehmen oder so ähnlich)?

**Tisch 6.2**

**Integration in der Schule**

Moderation: Sabine Bittrich, Jugendmigrationsdienst / Internationaler Bund Berlin-Brandenburg gGmbH; Andrea Rauch, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie - RAA Potsdam

**1. Wohin soll es gehen?**

- Weiterhin kontinuierlich gute Startbedingungen für neuankommende Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in weiterführenden Schulen, d.h. Ausbau der Kapazitäten der „Willkommensklassen“ und Eröffnung neuer, auch an Grundschulen
- „Fitmachen“ der Lehrkräfte für größere Zuwanderungszahlen, Aneignung von Hintergrundwissen und Übergehen zu mehr Praxislernen
- Öffnung des Systems Schule: Veränderung des Bildungssystems mehr nach den Bedürfnissen der Jugendlichen



## 2. Was braucht es zur Verbesserung?

- Kenntnisnahme in Ministerium und Schulamt von veränderter Situation und demzufolge Bereitstellung von materiellen und personellen Ressourcen
- Bereitstellung von entsprechenden Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte
- Flächendeckende Schulsozialarbeit in allen Schulen Potsdams
- Netzwerkarbeit der Schulen mit den anderen Akteuren der Migrationsarbeit, verstärkte Kooperation und Erfahrungsaustausch

## 3. Unterstützende Partner?

- Fachkräfte/Spezialisten in der Migrationsarbeit (Sozialpädagogen, Psychologen)
- Zugewanderte mit ihren eigenen Erfahrungen zum Thema Migration
  - Einheimische, welche sich engagieren und die Integration vor Ort erst ermöglichen

### **Zusammenfassung der Diskussionen an den Tischen „Integration in der Schule“:**

Grundsätzlich wurde eine schnelle eher unbürokratische Unterstützung gefordert und auch mal das Querdenken. Die Sicht der Schulleiterinnen tendierte weg vom Öffnen der Schule für alle möglichen Helfersysteme hin zum Agieren als Kompetenzzentrum. Mit mehr Wissen um die Helfer können Akteure der Schule vor Ort die Kinder und Eltern unterstützen und sie zur Nutzung der Angebote motivieren. Letztlich soll die Schule aber ein Ort des Lernens bleiben. Daher sollen die Ressourcen auch nach dem Votum der Tischdiskutanten in das System Schule gehen bzw. für dieses tätig werden.

**Tisch 7**

**Sprachmittlung**

Moderation: Jessica Karagöl, Fachberatungsdienst für Zuwanderung, Integration und Toleranz



TEILNEHMENDE AM TISCH 7

**Ziele:**

Am Thementisch Sprachmittlung stand vor allem der Einsatz **qualifizierter Sprachmittler** im Mittelpunkt. Die Teilnehmenden waren sich allesamt darin einig, dass eine für alle Beteiligten sinnvolle Sprachmittlung nur dann möglich ist, wenn man auf den Einsatz von Zufallsdolmetschern (wie beispielsweise Kindern oder auch anderem zufällig anwesenden Personal, etwa in einem Krankenhaus) verzichtet – dies ist zum einen aus moralisch-ethischen Gründen nicht vertretbar und ist zudem auch juristisch anfechtbar. In diesem Zusammenhang wurde auch ausführlich über die Frage der **Kostenübernahme** und den damit einhergehenden **bürokratischen Aufwand** diskutiert. Hier wurde vor allem darauf hingewiesen, dass eine langfristige und kontinuierliche finanzielle Absicherung vonnöten ist, damit ein solcher Dienst aufrechterhalten bzw. ausgebaut werden kann. Von Angestellten aus Einrichtungen, die regelmäßig Sprachmittler benötigen, wurde darauf verwiesen, dass es sinnvoll wäre, wenn nicht jeder einzelne dieser Einsätze separat beantragt werden müsste; es wurde stattdessen vorgeschlagen, für bestimmte Institutionen (KiTas, Gus, etc.) ein Kontingent einzurichten, das monatlich gewährt wird; erst wenn dieses Kontingent überschritten würde, wären dann weitere Anträge nötig.

**Was braucht es, damit die Ziele erreicht werden?**

Zunächst einmal ist im Hinblick auf die Notwendigkeit von qualifizierter Sprachmittlung weiterhin viel **Aufklärungsarbeit** nötig – in diesem Zusammenhang ist beispielsweise an Fachzirkel, Regionalkonferenzen und ähnliche Veranstaltungen zu denken, auf denen über diese Notwendigkeit informiert und aufgeklärt wird und auch die Vorteile von qualifizierter Sprachmittlung – im Gesundheitsbereich beispielsweise die Gewährleistung der ärztlichen Aufklärungspflicht und Entlastung des medizinischen Personals – benannt werden. Erst wenn hierfür ein breites Bewusstsein geschaffen wurde, wird sich auch die Bereitschaft erhöhen, entsprechend Geld auszugeben. Hierbei handelt es sich um eine mittel- bis langfristige angelegte Maßnahme.

In diesem Zusammenhang ist – so banal es auch klingen mag – eine **fortschreitende Vernetzung** der unterschiedlichen Akteure anzustreben, bspw. von den Sozialämtern mit den Kitas.

Generell gilt: **Die Finanzierung eines solchen Dienstes muss besser abgesichert werden!**

### Unterstützende Partner?

Integrationsbeauftragte der Landkreise und des Landes → Finanzierung?

Leiter von Behörden → Aufklärungsarbeit, damit qualifizierte Sprachmittlung nicht mehr als Luxus gilt, sondern als sinnvolle Maßnahme, von der alle Beteiligten profitieren, betrachtet wird, deren Finanzierung nicht dem Zufall überlassen werden darf.

### III. Abschlussreflektion



Nach den Diskussionen an den einzelnen Thementischen, versammelten sich alle Teilnehmenden der Integrationskonferenz wieder im Plenarsaal des Stadthauses. Hier wurden die Ergebnisse von den Moderatorinnen und Moderatoren der Thementische zusammengetragen und präsentiert. Im Anschluss äußerte sich Frau Elona Müller-Preinesberger, Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung zur Integrationspolitik der Landeshauptstadt Potsdam. Sie fokussierte ihr Kommentar auf das Querschnittsthema „Asyl“. Sie betonte, in den vergangenen Monaten ist in Potsdam vieles gut gelungen. Die Potsdamer gehen mit der Flüchtlingssituation sensibel um, auch wenn manche Flüchtlinge in Containern untergebracht werden müssen. Was sie aus den Präsentationen mitnehmen wolle, sei der Vorschlag, Willkommensklassen mit unterstützender Sozialarbeit auch in Kita und Grundschule einzurichten. In Bezug auf fehlende Ressourcen wie Material und Räumlichkeiten, sieht sie außerdem die Möglichkeit einer zeitnahen Verbesserung. Weiterführend sagte Frau Müller-Preinesberger, dass das Land für Personalkosten und somit für die Bereitstellung von bspw. ausreichend qualifizierten Erzieherinnen und Erzieher in Kitas zuständig ist. Weiterhin hat Frau Müller-Preinesberger den Arbeitsmarktzugang von Asylsuchenden thematisiert. Hierbei solle ebenfalls junge Menschen im Asylverfahren berücksichtigt und schnellstmöglich in Ausbildung und Arbeit vermittelt werden. Speziell liege das Interesse des HWK vor, Menschen mit Migrationshintergrund einstellen zu wollen. Woran es jedoch noch mangelt, ist ein Screening der ankommenden Menschen, um deren Fähigkeiten, Interessen und Berufsabschlüsse mit der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt im Einklang zu bringen. Bezüglich Dublin III begrüßte Frau Müller-Preinesberger die Ideen des Thementisches, merkte aber an, dass Potsdam das nicht alleine machen kann. Es bedarf eines Bündnisses oder Vereinigungen, welche die Kraft von vorhandenen Initiativen bündelt. Abschließend betonte die Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung der Landeshauptstadt Potsdam, dass „die Integration von Flüchtlingen in Potsdam [...] erheblich zur Attraktivität und Lebendigkeit der Stadt bei[trägt]“, doch dass wir gemeinsam arbeiten müssen, um die gesetzten Ziele in einer lebendigen Stadt umzusetzen.

**Zum Abschluss** der Konferenz bedankte sich Magdolna Grasnick bei den Thementischmoderierenden sowie bei allen Teilnehmenden der Konferenz für ihre Leistung bei der Unterstützung der Potsdamer Integrationsarbeit. *„Die Ergebnisse der heutigen Konferenz geben neue Impulse für das Potsdamer integrationsrelevante Geschehen. Sie werden sicher auch bei der Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam, die 2016 bevorsteht, Beachtung finden“* – schloss Frau Grasnick die Konferenz. Sie bedankte sich auch für die organisatorische Unterstützung der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz, u.a. bei den Kollegen des Kommunalen Immobilienservice der Landeshauptstadt.

Anschließend war es dann Zeit für Gespräche und individuellen Austausch.

## IV. Evaluierung der Konferenz

Im Anschluss der Konferenz wurden die Konferenzteilnehmenden um Evaluierung der Konferenz gebeten. 39 Personen, 33 % der Konferenzteilnehmenden haben einen ausgefüllten Evaluierungsbogen zurückgesandt. 82 % der Teilnehmenden haben die Konferenz für sehr gut bis gut gefunden. Siehe Anlage.



## V. Mitwirkende in alphabetischer Reihenfolge

*Jenny Andresen*, Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH / *Shizuka Arai*, FH Potsdam Sozialwesen / *Monika Barsuhn*, Demokratischer Frauenbund Landesverband Brandenburg e.V. / *Anastasiya Batuyeva*, AWO Wohnanlage Bornim, Bereich Asyl / *Ina Beu*, Jugendclub Alpha der Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam gGmbH / *Kati Biesecke*, Fraktion DIE LINKE SVV Potsdam / *Sabine Bittrich*, Internationaler Bund, Jugendmigrationsdienst / *Lutz Boede*, Migrantenbeirat Potsdam / *Vladimir Bogoeski*, DGB-Projekt "Faire Mobilität - Arbeitnehmerfreizügigkeit sozial, gerecht und aktiv" / *Jörg Bindheim* (Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung LHP) / *Hai Bluhm*, Song Hong e.V. / *Ike Borg*, Projektleiterin Paragraph 13 e.V. / *Lea Brömsel*, FH Potsdam Studentin "Soziale Arbeit" / *Paula Buchholz*, Oskar. Das Begegnungszentrum in der Gartenstadt Drewitz / *Jens Burkhardt-Plückhahn*, Bereich Soziale Leistungen und Integration LHP / *Ruth Blau* / *Detlef Cossmann*, Cossmann & Partner Consulting / *Diego Diaz*, Projekt Integration + Projekthaus Potsdam / *Eckhard Dörnbrack*, Landesamt für Schule und Lehrerbildung / *Waltraud Eckert-König*, RAA Potsdam Demokratie und Integration Brandenburg e.V. / *Felix Eichler*, Stadtsportjugend Potsdam / *Jala El Jazairi*, Migrantenbeirat Potsdam / *Rosie Ellis*, Soziale Stadt Potsdam e.V. Flüchtlingsfrauen-Einrichtung / *Ruxandra Empen*, DGB-Projekt "Faire Mobilität - Arbeitnehmerfreizügigkeit sozial, gerecht und aktiv" Beratungsstelle Berlin / *Jan Enrich*, BAMF / *Kathrin Feldmann*, Stadtkontor Potsdam / *Pamela Flandez*, El tentempie e. V. / *Olga Gelfand* (Migrantenbeirat Potsdam) / *Anita Gabriel*, ehem. Tiansalo Portland State University / *Dr. Manfred Gartz*, Urania-Schulhaus GmbH / *Christiane Gawlik*, Bereichsleiterin Soziale Leistungen und Integration LHP / *Heiderose Gerber*, Autonomes Frauenzentrum e.V. / *Inge Gerlach*, Volkssolidarität, Seniorenbeirat / *Ute Goldberg*, Schulleiterin Weidenhof-Grundschule im Schlaatz / *Diana González Olivo*, Migrantenbeirat Potsdam / *Sabine Grabow*, Koordinierungsstelle IQ Netzwerk Brandenburg / *Magdolna Grasnick*, Beauftragte für Migration und Integration LHP / *Anton Greger*, Praktikant Wohnheim am Nuthetal des Diakonischen Werkes Potsdam e.V. / *Sara Greger*, Leitung Wohnheim am Nuthetal des Diakonischen Werkes Potsdam e.V. / *Dr. Dagmar Grütte*, Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V. / *Katrin Haß*, BAMF / *Larsen Hähle*, Schulleiter OSZ I – Technik / *Prof. Maria Hategan* / *Nina Heynen*, FH Potsdam Studentin "Soziale Arbeit" / *Bettina Hilbert*, Abteilungsleiterin Abt. 1 OSZ I – Technik / *Maja Hildebrandt*, Sachbearbeiterin des Migrantenbeirates LHP / *Anne Hinrichs*, Soziale Stadt Potsdam e. V. Flüchtlingsfrauen-Einrichtung / *Ulrich Hörath*, Europäisches Bildungswerk für Beruf und Gesellschaft gGmbH Regionales Kompetenzzentrum Berlin / *Sabine Hummel*, Schulleiterin Rosa-Luxemburg-Schule / *Gregor Jekel*, Bereichsleiter Wohnen LHP / *Nils Jonas*, Büro für Bürgerbeteiligung LHP / *Karin Juhász*, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege LHP / *Waldemar Jungbluth*, Wildwuchs Streetwork / *Monika Kadur*, BBAG e.V. / *Viktor Kalitke*, Migrantenbeirat Potsdam / *Jibram Khalil*, Jugendlichen ohne Grenzen Brandenburg / *Uta Kapp*, Wilhelm-von-Türk-Schule / *Kilian Kindelberger*, BBAG e.V. / *Kristina Kirchner*, Stadt- und Landesbibliothek Potsdam / *Yvonne Klabuhn*, Euro-Schulen Berlin Brandenburg GmbH / *Rolf Kriete*, Verein Hoch Drei / *Sascha Krämer*, Fraktion DIE LINKE, SVV Potsdam / *Michael Kroop*, Beauftragter Bürgerhäuser, Stadtteilarbeit LHP / *Kevin Kühne*, AWO Kinder- und Jugendhilfe Potsdam gGmbH Kita "Kinderland" / *Stefanie Ladewig*, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt LHP / *Jens Lauckner*, Oberstufenzentrum I – Technik / *Ulrike Lexar*, FH Potsdam Studentin



"Soziale Arbeit" / *Julia Lexow-Kapp*, Anerkennungsberatungsstelle IQ-Netzwerk Brandenburg / *Dr. Ursula Löbel*, Servicestelle Tolerantes und Sicheres Potsdam LHP / *Michael Ludwig*, AIB e.V. / *Oliver Lück*, TBZ / *Andreas Lusti*, Arbeitsgruppe Straßenplanung und Entwurf LHP / *Jannis Manoloudakis* / *Andy Meier*, Arbeitsgruppenleiter Ausländerbehörde LHP / *Uta Meng*, Wirtschaftsförderung LHP / *Stephan Mertens*, Wildwuchs Streetwork / *Katja Möllmann*, Strategische Steuerung LHP / *Birgit Morgenroth*, SPD-Fraktion SVV Potsdam / *Dr. Ermyas Mulugeta*, Löwenherz e.V. / *Elena Nacarenus*, Wohnungsverbund Haeckelstrasse / *Kerstin Netzker*, Bereich Soziale Leistungen und Integration LHP / *Nelli Nickel*, Jugendtreff Clubmitte / *Benjamin Nguyen*, Universität Potsdam Akademisches Auslandsamt / *Christian Oeter*, Fazit / *Miriam Otto*, Arbeitsgruppe Bildungsorganisation und –planung LHP / *Annette Paul*, Projekt "Am heimischen Herd" / *Ildikó Pallmann*, DGB Bezirk Berlin-Brandenburg / *Maré Partel*, Neuen Nachbarschaften Potsdam-West Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V. / *Tina Pelzl*, Streetwork Creso gGmbH / *Julia Plotz*, Lotsendienst für Migranten/innen - social impact gGmbH / *Andrea Rauch*, RAA Potsdam Demokratie und Integration Brandenburg e.V. / *Juliane Rösch* / *Alfred Roos*, Geschäftsführer RAA Brandenburg / *Christina Roß*, Arbeitsgruppe Amtsvormundschaften und Unterhalt LHP / *Claudia Rößling*, Universität Potsdam Welcome Center / *Irmgard Rütter*, Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. / *Dana Schneider*, Handwerkskammer Potsdam / *Hanna Schneider*, STIBB e.V. Kindertreff am Stern / *Tilo Schneider*, IHK Potsdam / *Jörg Schneider*, Stadtsportjugend Potsdam / *Carolin Schneider*, PICC Wissenschaftspark Potsdam-Golm / *Jana Schulze*, DIE LINKE-Fraktion SVV Potsdam / *Katharina Schwarz* / *Gabriela Schwentke*, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt LHP / *Gudrun Siebert*, Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH / *Gabriele Sipan*, Migrationsberatung für Erwachsene ZuwanderInnen BdV Land Brandenburg / *Klaus-Peter Staedke* / *Susanne Stelter*, AWO Bezirksverband Potsdam e.V. Projekt Inklusion / *Nora Stelter*, Koordinierungsstelle Nachbarschaftsprojekte / *Ina Stiebitz*, Diakonisches Werk Potsdam Beratungsfachdienst für MigrantInnen, Flüchtlingsberatungsstelle / *Anita Stöhr*, Landesamt für Schule und Lehrerbildung / *Jörg Stopa*, RAA Potsdam Demokratie und Integration Brandenburg e.V. / *Vera Spatz*, Mädchentreff "Zimticken" / *Kristina Tschesch*, Koordinierungsstelle Nachbarschaftsprojekte / *Birgit Ukrow*, FB Kinder, Jugend und Familie LHP / *Andrea Vergara Marin*, Diakonisches Werk Potsdam Beratungsfachdienst für MigrantInnen, Flüchtlingsberatungsstelle / *Christine Vermehren*, Verein Soziale Stadt Potsdam e.V. / *Philipp Vogel*, Internationaler Bund e.V. / *C. Wagner*, Euro-Schulen Berlin Brandenburg GmbH / *Kerstin Welke*, FB Kinder, Jugend und Familie LHP / *Carol Wiener*, Internationaler Bund Berlin - Brandenburg gGmbH / *Schirin Wiesand*, Wohnheim am Nuthetal (Diakonie) / *Daniel Zeller*, Stadtteilnetzwerk Potsdam West e.V.

**VI. Anlage**

**1. Evaluierungs-Fragebogen**

Bitte ausgefüllt zurück an das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt,

E-Mail: [gleichstellung@rathaus.potsdam.de](mailto:gleichstellung@rathaus.potsdam.de), Fax: 0331-2891082

**RÜCKMELDEBOGEN**

**zur Auswertung der Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam**

**am 16.02.2015, 9-14 Uhr, Plenarsaal, Rathaus**

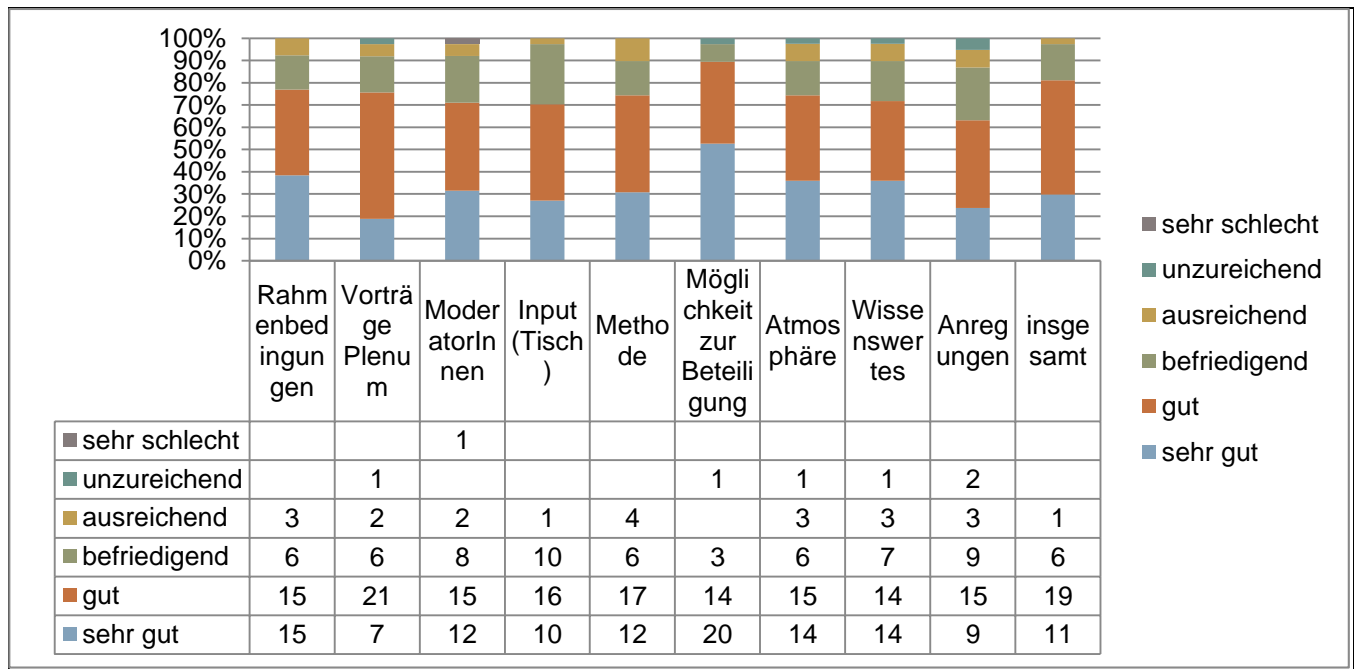
<i>Ich habe an diesen Thementischen teilgenommen: (bitte ankreuzen)</i>	<b>X</b>
Arbeitsmarktintegration, Anerkennung	<input checked="" type="checkbox"/>
Handlungsbedarfe für Asylsuchende und Flüchtlinge	<input type="checkbox"/>
Dublin III-Verfahren	<input type="checkbox"/>
Willkommenskultur	<input type="checkbox"/>
Integration Schule (Frau Bittrich, Frau Rauch)	<input type="checkbox"/>
Integration Schule (Frau Ukrow, Frau Eckert-König)	<input type="checkbox"/>
Nachbarschaften, Stadtteilarbeit	<input type="checkbox"/>
Leitbild Stadt	<input type="checkbox"/>

<b>Meine Einschätzung im Einzelnen:</b>	<b>+++</b>	<b>++</b>	<b>+</b>	<b>-</b>	<b>--</b>	<b>---</b>
Mit den organisatorischen Rahmenbedingungen bin ich zufrieden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Vorträge im Plenum habe ich als Gewinn empfunden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Leitungs- und Moderationskompetenz der Tischgastgebenden hat mich überzeugt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die inhaltliche und fachliche Kompetenz der Tisch-Inputgebenden war umfassend.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die bei der Veranstaltung eingesetzten Arbeitsformen und Methoden fand ich hilfreich und passend.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich hatte ausreichend Möglichkeiten, mich aktiv zu beteiligen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die Konferenz-Atmosphäre empfand ich als angenehm.						
Ich habe Nützliches und Wissenswertes zum Thema der Veranstaltung erfahren.						
Ich habe Anregungen und Fragestellungen gehört, mit denen ich mich weiter beschäftigen möchte.						
Insgesamt beurteile ich die Veranstaltung ...						

- **Mir hat besonders gut gefallen ...**
- **Für mich wenig hilfreich oder überflüssig war ...**
- **Für die nächste Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam habe ich diese Ideen/ Anregungen/ Vorschläge/sonstige Anmerkungen:**

2. Auswertung der Rückmeldungen



Integrationskonferenz der LHP 2015, Evaluierung, Anzahl: 39